



# Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

07/2015 13.02.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## I. Bundesgesetzblatt

### [BGBl I 32/2015](#)

Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Bundesbahngesetz, das Bundes-Bedienstetenschutzgesetz und das Finanzprokuratorgesetz geändert werden (redaktionelle Anpassungen)

### [BGBl II 18/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die Altlastenatlas-VO geändert wird (**2. Altlastenatlas-VO-Novelle 2014**)

### [BGBl II 22/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die **Allgemeine Strahlenschutzverordnung** und die **Radioaktive Abfälle-Verbringungsverordnung 2009** geändert werden

### [BGBl III 22/2015 \(Anlage\)](#)

Europäisches Übereinkommen zum **Schutz des archäologischen Erbes** (revidiert)

### [BGBl III 23/2015 \(Anlage\)](#)

Rahmenübereinkommen des Europarates über den Wert des **Kulturerbes** für die Gesellschaft

## II. Amtsblatt der EU

### [ABI L 33 v 10.02.2015, 1](#)

Verordnung (EU) 2015/192 des Rates vom 9. Februar 2015 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 174/2005 über Beschränkungen für die Erbringung von **Hilfe für Côte d'Ivoire** im Zusammenhang mit **militärischen Aktivitäten**

[ABI L 35 v 11.02.2015, 3](#)

**Abkommen** über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit **zwischen der Europäischen Union und den Färöern** zur Assoziierung der Färöer mit dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „**Horizont 2020**“ (2014-2020)

### III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

#### A. Verfassungsgerichtshof

03.12.2014, [E 1230/2014](#)

**UVP-G**; Entzug des gesetzlichen Richters aufgrund der Inanspruchnahme einer dem **Bundesverwaltungsgericht** zukommenden **Zuständigkeit** durch ein **Landesverwaltungsgericht** hinsichtlich einer Beschwerde gegen eine Entscheidung nach dem UVP-G 2000

03.12.2014, [A 12/2013](#)

**ImmissionsschutzG-Luft**; **ASFINAG-ErmächtigungsgG**; **ASFINAG-G**; Abweisung der – zulässigen – Klage der ASFINAG gegen das Land Kärnten auf **Kostenersatz für Verkehrsbeeinflussungsanlagen** zur Kennzeichnung von – auf Grund des ImmissionsschutzG-Luft vom Landeshauptmann erlassenen – Geschwindigkeitsbeschränkungen auf der A 2 im Bereich Klagenfurt; Errichtung und Betrieb der Verkehrsbeeinflussungsanlagen als konkreter Sachaufwand im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung anzusehen; daher keine Kostentragungspflicht der besorgenden Gebietskörperschaft; keine von der Grundregel der Finanzverfassung abweichende Kostentragungsregel

#### B. Verwaltungsgerichtshof

29.10.2014, [2013/01/0127](#)

**DatenschutzG**; ein Auftraggeber hat gem § 26 Abs 1 fünfter Satz DatenschutzG einem Auskunftswerber auch eine **Negativauskunft** zu erteilen; § 50e Abs 1 DatenschutzG modifiziert für die Videoüberwachung das **Auskunftsrecht** lediglich betreffend die Form der Auskunftserteilung; auch bei der **Videoüberwachung** ist demnach eine **Negativauskunft** zu erteilen, wenn zur Person des Auskunftswerbers keine verarbeiteten Daten vorhanden sind; ein über diese **Negativauskunft** hinausgehendes weiteres Recht auf Auskunft besteht nicht

29.10.2014, [Ra 2014/01/0113](#)

**SPG**; **VwGG**; **§ 25a Abs 4 VwGG** erfasst mit der in Z 1 genannten Verhängung einer Freiheitsstrafe lediglich die Androhung einer primären Freiheitsstrafe, nicht aber die einer Ersatzfreiheitsstrafe; diese Auffassung wird sowohl in den Gesetzesmaterialien zu dieser Bestimmung (vgl AB 2112 BlgNR 24. GP, S 5, unter Hinweis auf § 16 VStG) als auch in der Lehre vertreten

20.11.2014, [Ra 2014/07/0085](#)

**WasserrechtsG**; **AbfallwirtschaftsG**; die inhaltliche Prüfung oder gar **Abänderung des wasserpolizeilichen Auftrags kann im nachfolgenden Strafverfahren** nicht mehr erfolgen; es ist nicht Sache der Behörde sich im Verwaltungsstrafverfahren damit näher auseinanderzusetzen, ob der Auftrag auf Grundlage des § 73 Abs 1 AbfallwirtschaftsG zu Recht erfolgte oder nicht

24.11.2014, [2013/04/0134](#)

**GewO**; der Rechtsansicht, § 2 Abs 1 Z 22 GewO erfasse ausschließlich die **Wettvermittlung nach dem „Totalisatorprinzip“**, nicht jedoch die **Wettkundenvermittlung**, weil eine gegenteilige Auslegung dem Wortlaut der genannten Bestimmung widerspreche, steht – ausgehend von der kompetenzrechtlichen Zuordnung des Tatbestandes „Vermittlung von Wettkunden an Buchmacher und Totalisateure“ zur Zuständigkeit der Länder gem Art 15 Abs 3 B-VG sowie der zwischen der Tätigkeit der Totalisateure und Buchmacher und der Vermittlung von Wettkunden an diese bestehenden untrennbaren Verbindung – schon die gebotene verfassungskonforme Interpretation des Ausnahmetatbestandes entgegen

28.11.2014, [2013/06/0161](#)

**VwGG aF**; dem VwGH steht bei einer Bescheidbeschwerde gem § 42 Abs 1 VwGG nur die Kompetenz zu, die Beschwerde als unbegründet abzuweisen, den angefochtenen Bescheid aus den Gründen des § 42 Abs 2 VwGG aufzuheben oder allenfalls nach § 42 Abs 3a VwGG in der Sache selbst zu entscheiden, nicht aber, die Rechtswidrigkeit des angefochtenen Bescheids festzustellen; dies gilt auch im Fall von Beschwerden gem Art 131 Abs 2 B-VG, mag auch die zugrundeliegende Rechtsfrage für künftige Verwaltungsverfahren von Interesse sein

15.12.2014, [Ra 2014/04/0028](#)

**GewO**; eine **Auflage gem § 79 Abs 1 GewO** hat sich an den Inhaber der Betriebsanlage zu richten und darf nur gegen diesen normativ wirken; Innehabung ist jedoch nicht bloß räumlich-körperlich zu verstehen, sondern als äußere Erscheinung der Herrschaft über den Gegenstand nach Maßgabe der Verkehrsauffassung; die – allenfalls in Zusammenhang mit der Ausübung einer Gewerbeberechtigung stehende – Benutzung einzelner Anlagenteile aufgrund eines Vertragsverhältnisses räumt dem Verwendungsberechtigten nicht jedenfalls auch die Verfügungsmacht über die Betriebsanlage in ihrer Gesamtheit ein

17.12.2014, [2012/10/0189](#)

**ArzneimittelG; VO (EG) 764/2008**; das Kriterium der objektiven Zweckbestimmung für die **Einstufung als Arzneimittel** ergibt sich aus der Wortfolge „die nach der allgemeinen Verkehrsauffassung dazu dienen“ in § 1 Abs 1 ArzneimittelG; entscheidend dafür ist, ob das Produkt nach der objektiven Erwartung der Verkehrskreise (der Verbraucher, aber auch der Ärzte und Apotheker) geeignet ist, eine arzneiliche Wirksamkeit zu entfalten; aus den Erwägungsgründen 2 und 3 der VO (EG) 764/2008 (Inverkehrbringen von Produkten) und der Regelung ihres Geltungsbereichs in Art 2 ergibt sich, dass die VO nur auf nicht unionsrechtlich harmonisierte Rechtsbereiche Anwendung findet

17.12.2014, [2013/10/0103](#)

**ArzneimittelG**; unter den Voraussetzungen der Ausnahmebestimmung des § 8 Abs 1 Z 2 ArzneimittelG bedürfen Arzneispezialitäten keiner Zulassung, jedoch ist die Abgabe von Arzneispezialitäten, deren Verfalldatum überschritten ist, auch nach dieser Bestimmung nicht zulässig; die **Anordnung der Vernichtung von Arzneimitteln** ist nur zulässig, wenn diese – gem § 78 Abs 3 ArzneimittelG – für verfallen erklärt wurden und darüber hinaus eine Verwertung nicht möglich oder nicht wirtschaftlich ist; § 77 ArzneimittelG bietet daher keine Grundlage für die Erlassung eines Auftrages zur Vernichtung von Arzneimitteln

17.12.2014, [Ro 2014/03/0066](#)

**UVP-G**; welche Maßnahmen der **Änderung eines bestehenden Vorhabens** zuzurechnen sind, ist extensiv zu beurteilen; bei der Frage, was unter einer „**Flächeninanspruchnahme mit Geländeänderung**“ zu verstehen ist, kommt ein unmittelbarer Rückgriff auf die UVP-RL nicht in Betracht, weil Z 12 des Anhanges II der UVP-RL zwar Skipisten, Skilifte, Seilbahnen und zugehörige Einrichtungen als Projekte iSd Art 4 Abs 2 der UVP-RL statuiert, den Begriff der „**Flächeninanspruchnahme mit Geländeänderung**“ aber nicht enthält; wenn der Gesetzgeber in Z 12 lit b des Anhanges 1 des UVP-G auf eine gewisse Flächeninanspruchnahme mit Geländeänderung abstellt, begegnet dies keinen unionsrechtlichen Bedenken, da die UVP-RL für Projekte iSd Anhangs II – neben der Festlegung von Schwellenwerten (Art 4 Abs 2 lit b) – auch die Durchführung einer Einzelfalluntersuchung (Art 4 Abs 2 lit a) zur Klärung der UVP-Pflicht vorsieht

18.12.2014, [2012/07/0054](#)

**AltlastensanierungsG**; damit ein **Qualitätssicherungssystem als Voraussetzung für eine Beitragsbefreiung gem § 3 Abs 1a Z 6 AltlastensanierungsG** vorliegt, muss die gesicherte gleichmäßige Qualität der Baurestmassen von Anfang der Verwendung des Materials an gewährleistet sein – dies auch bereits im Zeitpunkt des Einbaus; der Nachweis für das Vorliegen dafür kann jedoch auch erst nachträglich erbracht werden; davon zu unterscheiden ist aber die nachträgliche Untersuchung des bereits eingebauten Materials dahingehend, ob es im Zeitpunkt der Verwendung bestimmten Qualitätskriterien entsprach und daher gefahrlos eingebaut werden konnte

18.12.2014, [2012/07/0200](#)

**AbfallwirtschaftsG; AVG**; enthält der der im Verwaltungsverfahren unvertretenen Partei erteilte **Verbesserungsauftrag** keinen Hinweis auf eine drohende Zurückweisung des Antrags, so liegt kein den Anforderungen von § 13 Abs 3 iVm

§ 13a AVG genügender Verbesserungsauftrag vor; die auf Nichtbefolgung eines solchen Verbesserungsauftrags gestützte Zurückweisung des Antrags ist daher mit Rechtswidrigkeit des Inhalts belastet

18.12.2014, [2013/01/0155](#)

**Tir Landes-PolizeiG**; „Bedarf“ iSd § 15 Abs 4 Tir Landes-PolizeiG kann nicht schon überall dort angenommen werden, wo eine – nicht zuletzt angebotsindizierte – Nachfrage besteht, die die gewinnbringende bzw **wirtschaftliche Führung eines Bordellbetriebs** zuließe; dem Gesetz liegt keineswegs die Zielvorstellung zu Grunde, es solle die „Versorgung der Bevölkerung“ mit Bordellbetrieben (überall dort, wo ausreichende Nachfrage bestehe) sichergestellt werden; Gesetzeszweck ist vielmehr, Prostitution auf das unvermeidliche Ausmaß einzuschränken

19.12.2014, [Ro 2014/02/0115](#)

**TierschutzG**; für ein Verfahren vor dem VwGH ist das Rechtsschutzbedürfnis eine Grundvoraussetzung; liegt eine der Klaglosstellung vergleichbare Situation bereits bei Einbringung der Revision vor, ist eine solche Revision mangels Rechtsschutzbedürfnis zurückzuweisen

29.01.2015, [2013/07/0065](#)

**WasserrechtsG**; nach Absicht des Gesetzgebers ist möglichst früh darüber zu entscheiden, welche **widerstreitenden Bewerbungen in einem wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren** zu berücksichtigen sind; § 109 Abs 2 zweiter Satz leg cit stellt auf den Zeitpunkt der Erlassung des erstinstanzlichen Bescheids als letzten Zeitpunkt ab, bis zu dem noch ein in einem bereits in Behandlung gezogenen Bewilligungsansuchen widerstreitendes Ansuchen zulässigerweise gestellt werden kann; sofern jedoch im erstinstanzlichen Bewilligungsverfahren eine mündliche Verhandlung stattfindet, kann ein (allenfalls weiteres) konkurrierendes Bewilligungsansuchen zulässigerweise nur vor Abschluss der Verhandlung gestellt werden; in einem Widerstreitverfahren kann es für die Behörde dieses Verfahrens nur bekannte Beteiligte iSd § 41 Abs 1 AVG geben, die zur Widerstreitverhandlung persönlich zu laden sind; erst durch die rechtzeitige Einreichung einer Bewerbung, aus der die widerstreitenden Projektsabsichten klar erkennbar sind, wird eine Parteistellung im Widerstreitverfahren gem § 102 Abs 1 lit b WasserrechtsG begründet

## C. Verwaltungsgerichte

BVwG 15.12.2014, [W214 2009535-1](#)

**DatenschutzG; SicherheitspolizeiG**; bereits eine abstrakte Form von einer Wahrscheinlichkeit, die an der verwirklichten Tat anknüpft, reicht für die Annahme aus, eine **erkennungsdienstliche Behandlung** sei zur Vorbeugung weiterer gefährlicher Angriffe iSd § 65 Abs 1 zweiter Fall SicherheitspolizeiG erforderlich; es ist aber auch in derartigen Fällen notwendig, dass sich die Behörde mit dem Vorliegen der Voraussetzungen für eine erkennungsdienstliche Behandlung gem § 65 Abs 1 leg cit näher auseinandersetzt

LVwG Oö 26.01.2015, [LVwG-750241](#)

**PassG; SuchtmittelG; Entzug des Reisepasses und des Personalausweises**, wegen mehrfacher Verurteilung aufgrund zahlreicher Drogendelikte; bei der Beurteilung der Zulässigkeit der Einschränkung des unionsrechtlichen Freizügigkeitsrechts iSd Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes ist zu prüfen, ob vom Bf eine tatsächliche, gegenwärtige und erhebliche Gefahr iSd der RL 2004/38/EG ausgeht und diese Annahme auch für die Zukunft gerechtfertigt ist; obwohl die Anlasstaten bereits im Jahr 2008 begangen wurden, ist davon jedoch im vorliegenden Fall deshalb auszugehen, weil der Bf bis Jänner 2014 in gerichtlicher Haft angehalten wurde und somit erst ein Zeitraum von ca 1 Jahr herangezogen werden kann, der jedoch für eine Wohlverhaltensprognose als zu kurz erscheint

**Hinweis:** Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich ([www.lvwg-ooe.gv.at](http://www.lvwg-ooe.gv.at)) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ ([www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at](http://www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at); seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Tir 13.11.2014, [LVwG-2014/26/2002-4](#)

**Tir RaumordnungsG; Tir BauO**; eine **Baubewilligung für ein Nebengebäude** gem § 41 Abs 2 lit g Tir RaumordnungsG scheidet aus, wenn eine bewilligungswidrige Nutzung des Hauptgebäudes stattfindet; solange eine **konsenswidrige Nutzung des Hauptgebäudes** erfolgt, ist kein Raum für eine Baubewilligung eines Nebengebäudes

LVwG Tir 20.11.2014, [LVwG-2014/45/2378-5](#)

**VwGVG**; das VwG hat im Wege der Zurückweisung zu entscheiden, wenn die Prozessvoraussetzungen fehlen und im Wege der Einstellung, wenn ein Erledigungsanspruch nach Beschwerdeeinbringung verloren geht; neben dem Fall der Zurückziehung der Beschwerde oder des Untergangs des Bf kann analog zu § 33 Abs 1 VwGG eine **Einstellung auch bei Klaglosstellung des Bf** (Wegfall der Beschwerde) in Betracht kommen; dies grundsätzlich sowohl bei formeller Klaglosstellung wegen Beseitigung des für den Bf belastenden Abspruchs, als auch bei materieller Klaglosstellung wegen Wegfall des Rechtsschutzinteresses

LVwG Vbg 02.02.2015, [LVwG-1-793/R5-2014](#)

**Maß- und EichG**; der ua für straßenaufsichtsbehördliche Kontrollen maßgebliche § 13 Abs 2 Maß- und EichG zählt **Höhenmesslatten** nicht auf; ein solches Gerät ist daher bei Verwendung bei straßenaufsichtsbehördlichen Kontrollen **nicht eichpflichtig**; das Messergebnis, das von Polizeibeamten bei einer Kontrolle des Sattelkraftfahrzeuges mit einer nicht geeichten Höhenmesslatte ermittelt wurde, ist daher verwertbar

## IV. Gerichtshof der Europäischen Union

### A. Gerichtshof

[11.02.2015, Rs C-340/13, bpost](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Postdienste – Richtlinie 97/67/EG – Art 12 – Anbieter von **Universaldienstleistungen** – Mengenrabatte – Anwendung auf **Konsolidierer von Postsendungen** – Diskriminierungsverbot

[11.02.2015, Rs C-531/13, Marktgemeinde Straßwalchen ua](#)

Umwelt – Richtlinie 85/337/EWG – **Umweltverträglichkeitsprüfung** bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten – Projekte, die einer Prüfung unterzogen werden müssen oder nicht – Aufschlussbohrungen – Anhang I Nr 14 – Begriff ‚**Gewinnung von Erdöl und Erdgas zu gewerblichen Zwecken**‘ – Prüfungspflicht bei der Förderung einer bestimmten Gasmenge – Anhang II Nr 2 Buchst d – Begriff ‚**Tiefbohrungen**‘ – Anhang III Nr 1 – Begriff ‚Kumulierung mit anderen Projekten

[12.02.2015, Rs C-114/13, Bouman](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit – Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – **Alters- und Todesfallversicherung** – Art 46a Abs 3 Buchst c – Feststellung der Leistungen – Nationale Antikumulierungsvorschriften – Ausnahme – Begriff ‚freiwillige Versicherung oder **freiwillige Weiterversicherung**‘ – Nationale Rente nach einem **Pflichtversicherungssystem** – Möglichkeit, während eines bestimmten Zeitraums eine Befreiung vom Anschluss zu beantragen – Tragweite der vom zuständigen Träger eines anderen Mitgliedstaats ausgestellten Bescheinigung – Verordnung (EWG) Nr 574/72 – Art 47

[12.02.2015, Rs C-134/13, Raytek und Fluke Europe](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsamer **Zolltarif** – Zolltarifliche Einreihung – Kombinierte Nomenklatur – **Infrarot-Wärmebildkameras**

[12.02.2015, Rs C-336/13 P, Kommission / IPK International](#)

Rechtsmittel – Entscheidung der Kommission, mit der die **Rückzahlung eines Zuschusses** angeordnet wird – Durchführung eines Urteils des Gerichts der Europäischen Union – Unterscheidung zwischen **Verzugs- und Ausgleichszinsen** – Berechnung der Zinsen

[12.02.2015, Rs C-349/13, Oil Trading Poland](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbrauchssteuern** – Richtlinien 92/12/EWG und 2008/118/EG – Geltungsbereich – Mineralöle und Energieerzeugnisse – Schmieröle, die für andere Zwecke als als Heiz- oder Kraftstoff verwendet werden – Ausschluss – Verbrauchsteuer auf den **Verbrauch von Energieerzeugnissen**, die von einem Mitgliedstaat nach Maßgabe der spezifischen Bestimmungen des **Systems der harmonisierten Verbrauchsteuer** erhoben wird – Begriff ‚mit dem Grenzübertritt verbundene Formalitäten‘ – Art 110 AEUV – In bestimmten Fällen kürzere Zahlungsfrist für den innergemeinschaftlichen Erwerb als für den Warenerwerb auf dem Inlandsmarkt

[12.02.2015, Rs C-369/13, Gielen ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Drogenausgangsstoffe** – Überwachung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten – Verordnung (EG) Nr 273/2004 – Überwachung des **Handels zwischen der Europäischen Union und Drittländern** – Verordnung (EG) Nr 111/2005 – Begriff ‚erfasster Stoff‘ – Stoff ‚Alpha-Phenylacetoacetonitril‘ (APAAN) – Erfasster Stoff ‚1-Phenyl-2-Propanon‘ (BMK)

[12.02.2015, Rs C-396/13, Sähköalojen ammattiliitto](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 56 AEUV und 57 AEUV – Richtlinie 96/71/EG – Art 3, 5 und 6 – Bei einem Unternehmen mit Sitz im Mitgliedstaat A beschäftigte Arbeitnehmer, die zur Ausführung von Arbeiten in den Mitgliedstaat B entsandt worden sind – Im Mitgliedstaat B **tarifvertraglich festgelegter Mindestlohn** – Klagebefugnis einer Gewerkschaft, die ihren Sitz im Mitgliedstaat B hat – Vorschriften des Mitgliedstaats A, die eine **Übertragung von Lohnforderungen an Dritte** verbieten

[12.02.2015, Rs C-539/13, Merck Canada und Merck Sharp & Dohme](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Akte über die **Bedingungen des Beitritts** zur Europäischen Union von 2003 – Anhang IV – Abschnitt 2 – Besonderer Mechanismus – Einfuhr eines patentierten Arzneimittels – **Pflicht zur Vorabunterrichtung**

[12.02.2015, Rs C-567/13, Baczó und Vizsnyiczai](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – Art 7 – Immobiliendarlehensvertrag – **Schiedsklausel** – **Missbräuchlicher Charakter** – Verbraucherklage – Nationale Verfahrensvorschrift – Unzuständigkeit des Gerichts, bei dem eine **Klage wegen der Unwirksamkeit** eines Formularvertrags anhängig ist, für einen Antrag auf Feststellung der Missbräuchlichkeit von Vertragsklauseln, die in demselben Vertrag enthalten sind

[12.02.2015, Rs C-662/13, Surgicare](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Vorsteuerabzug – Umsätze, die eine **missbräuchliche Praxis** darstellen – Nationales Steuerrecht – Besonderes nationales Verfahren bei Verdacht auf missbräuchliche Praktiken im Steuerbereich – Grundsätze der Effektivität und der Äquivalenz

[12.02.2015, Rs C-48/14, Parlament / Rat](#)

Nichtigkeitsklage – Richtlinie 2013/51/Euratom – **Wahl der Rechtsgrundlage** – EAG-Vertrag – Art 31 EA und 32 EA – AEU-Vertrag – Art 192 Abs 1 AEUV – Schutz der menschlichen Gesundheit – **Radioaktive Stoffe in Wasser** für den menschlichen Gebrauch – **Rechtssicherheit** – Loyale Zusammenarbeit zwischen den Organen

## B. Schlussanträge

### [10.02.2015, Rs C-76/14, Manea \(GA Szpunar\)](#)

Freier Warenverkehr – Steuer auf **Schadstoffemissionen**, die für Kraftfahrzeuge bei ihrer erstmaligen Zulassung oder bei erstmaliger Umschreibung des Eigentums erhoben wird – Befreiung für Kraftfahrzeuge, die zuvor geltenden Steuern unterlagen – Verbot einer **diskriminierenden inländischen Abgabe** im Sinne von Art 110 AEUV – Nichtdiskriminierung von aus anderen Mitgliedstaaten eingeführten Gebrauchtfahrzeugen gegenüber gleichartigen inländischen Kraftfahrzeugen

### [12.02.2015, Rs C-554/13, Zh und O \(GA Sharpston\)](#)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Richtlinie 2008/115/EG – Gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur **Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger** – Art 7 Abs 4 – Entscheidung, mit der eine Frist für die **freiwillige Ausreise versagt** wird – Gefahr für die öffentliche Ordnung

### [12.02.2015, Rs C-583/13 P, Deutsche Bahn ua / Kommission \(GA Wahl\)](#)

Rechtsmittel – Art 20 Abs 4 und Art 28 der Verordnung (EG) Nr 1/2003 des Rates – **Nachprüfungsbefugnisse** der Kommission – **Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung** – Grundrecht auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz – Rechtsprechung Dow Benelux – Beweislast – Folgen einer von der Kommission **rechtswidrig vorgenommenen Suche**

### [12.02.2015, Rs C-106/14, FCD und FMB \(GA Kokott\)](#)

Verordnung (EG) Nr 1907/2006 (REACH-Verordnung) – Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung **chemischer Stoffe** (REACH) – Begriff des Erzeugnisses – Erzeugnis, das aus mehreren Erzeugnissen zusammengesetzt ist – **Informationspflichten** bei der Verwendung besonders **besorgniserregender Stoffe** – Ermittlung der Konzentration – Produktion, Import und Lieferung

## C. Gericht

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

## V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

### 10.02.2015, Beschwerde Nr. [51987/08](#) ua, *McHugh ua / Großbritannien*

**Verletzung** von Art 3 1. ZP EMRK (Recht auf freie Wahlen); Feststellung der Konventionswidrigkeit eines automatischen **Wahlverbots von Strafgefangenen** in mehreren Urteilen gegen Großbritannien; **Verletzung** der über 1000 Bf in ihrem Recht auf freie Wahlen, da **Gesetzeslage bislang nicht angepasst** wurde

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

### Disclaimer

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Bau-recht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwal-tungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## Impressum

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.